

# Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 145.

Diez, Donnerstag, den 1. Juli 1920.

26. Jahrgang.

## Die Kundgebungen wegen der Teuerung.

Mz. Berlin, 30. Juni. Gestern mittag zog ein Trupp von einigen hundert Männern und Frauen, die Schilder mit den Aufschriften: Nahrungsmittel, Schokolade und Buchstaben! mit sich führten, vor das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Eine Deputation wurde vom Minister Herrmann, der gerade eine Konferenz mit Arbeitervertretern hatte, empfangen. Der Minister erläuterte der Abordnung die Lebensmittellage und machte sie mit den Bestrebungen bekannt, die darauf abzielten, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Deputation nahm diese Darlegung entgegen und überreichte sie den Demonstranten, die sich dann in Ruhe entfernten.

Mz. Berlin, 30. Juni. Wie aus Stuttgart berichtet wird, haben die Unruhen in Württemberg im allgemeinen aufgehört. Gestern kam es zu einer kleinen Schießerei in Ravensburg. Auf Seite der Zivilisten gab es einen Toten und einige Verwundete. Die Polizei ist Herr der Lage.

Mz. Würzburg, 30. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bei den jüngsten Lebensmittelfrakaktionen drei Personen getötet und vier verwundet worden. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Lage ist heute noch gespannt.

Mz. Karlsruhe, 30. Juni. In Adolfszell im badischen Oberland kam es am Montag zu Tumulten. Als der badische Bauernverein eine Versammlung abhalten wollte, erschien eine Abordnung aus einem Zuge von Adolfszell und Umgebung. Die Führer verlangten von der Bauernversammlung, daß eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise unter keinen Umständen mehr erfolge. Man forderte, daß dies den Arbeitern versichert werde. Als das unerbittlich, erklärten die Arbeiter den Versammlungssaal und drängten die Bauern, mit denen es zu einem Handgemein kam, mit Gewalt hinaus, so daß sie durch Fenster und Türen entfliehen mußten. Mehrere Personen wurden verletzt. Darauf wurde der Bürgermeister von den radikalen Elementen schwer mißhandelt.

## Deutschland als warnendes Beispiel.

Mz. London, 30. Juni. In einer Festrede, die Lloyd George auf einem Kirchensfest hielt, ging er auf die Neuerung eines Vortrags ein, daß die Maschinen der menschlichen Gesellschaft bei der Regelung der sozialen Fragen verfaßt habe. „Nicht die Maschine“, erklärte der Erste Minister, „hat verfaßt, was wir eine Maschine, wenn man keinen Brennstoff für sie hat? Worauf es ankommt — und das sage ich als einer, der ein ganzes Menschenalter innerhalb der Maschine gesteckt hat und sie in- und auswendig kennt — ist nicht die Maschine, sondern der Geist. Das habe ich auch im Kriege gesehen. Deutschland hatte eine geradezu vollkommene Maschine. Sie war so vollkommen, daß man nur den Hebel zu drehen brauchte, und sie arbeitete nach Vorschrift — bis die Schwierigkeiten kamen, die keine Maschine überwinden konnte, bis sich ein Mangel zeigte nicht an der Maschine, sondern am Geist! Warum verjagte das deutsche Volk? Man lese doch die Bücher, welche die großen Führer Deutschlands geschrieben haben. Nicht weil seine Kriegsmaschine nicht in Ordnung war, sondern weil der Geist nicht in ihm saß. Bei uns war es umgekehrt. Wir hatten keine Maschine, wir mußten sie mitten im Sturm herbeiführen. Wir hatten kein Feuer, keine Ausrüstung, keine Organisation, aber wir hatten den Geist, den einzigen, patriotischen, begeisterten, hochherzigen und großen Geist. Was hat er vollbracht? Wir waren gespalten nach Klassen, nach Sekten, nach Rassen, nach politischen Parteien, aber alles verschwand. Warum? Weil der gewaltige Geist einer gemeinsamen großen Ueberzeugung durch das ganze Land flog.“ Wenn man an die letzten Kriegsmomente denkt, wo der aus alles zusammenbrach, wird man Lloyd George nicht unrecht geben können, und sein Bild von der sozialen Maschine ohne den Brennstoff des rechten Geistes ist so anschaulich, daß man es auch auf unsere heutigen Verhältnisse anwenden können. Wir wollen aber nicht verschweigen, daß ein Platz, wie die Daily News den ersten Minister mit seinen eigenen Worten fängt, indem sie sein Bild auf die irischen Verhältnisse anwenden. Er kämpfte mit der politischen Maschine Englands gegen den Geist des irischen Volkes und wurde dabei durch seine eigene Theorie den Fingern zichen. Die Maschine, die in Deutschland verfaßt wurde, wurde auch gegenüber Irland erfolglos bleiben.

## Was die franz. Presse von Deutschland verlangt.

In den Erklärungen Fehrenbachs sagt der „Figaro“: Dieser Staatsmann, der den Wert der Ruancen erkennt, ist in Ungenug, um zu leugnen, daß Deutschland den Friedenvertrag von Versailles ausführen mußte, aber er stellt uns mit, daß er schon mehr getan habe, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie gewöhnlich proklamiert er das Recht Frankreichs, sich mit Deutschland zu vereinen. Kurz gesagt: er betont von Anfang bis zu Ende die Umwandlung des Versailles in einen Vertrag, der nur noch zu erfüllen ist. Dann können wir von Revision und Gerechtigkeit sprechen. — Vollständig ablehnend verhält sich der „Comme Libre“, denn er verlangt in der Erklärung das Bekenntnis der Schuld und Anerkennung über die Niederlage. Man hätte einen günstigeren Eindruck erhalten, wenn die Sprache des Kanzlers etwas schärfer gewesen wäre. — „Action Française“ findet, daß die seine Meinung seit Weimar nicht geändert. In Frankreich habe man nach Waterloo vom dem Vertrag von 1815 gesagt, man müsse ihn durchführen, um sich diesen Vorkrieg vom Hals zu schütten. Sogar Deutschlands wäre es, den Vertrag von Versailles im Rahmen der Möglichkeit auszuführen. Dies müßte unbedingt auf der Konferenz von Spa zur Richtschnur dienen.

## Deutschland.

D Der Reichshaushalt. Das Kabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der bereits vorliegenden Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatten, nicht verschließen, und stimmte dem Entwurf zu. Im übrigen wurde beschlossen, die Frage der Vereinfachung der Reichsbehörden und der neuen Begrenzung ihrer Zuständigkeit unverzüglich in Angriff zu nehmen.

D Strafverfahren gegen Abgeordnete. Der Geschäftsausschuß des Reichstages wird beim Plenum folgendes beantragen: Auf Grund des Art. 103 des Grundgesetzes wird die gegen den Abg. Mittbach verhängte Haftstrafe aufgehoben. Ebenso wird auf Antrag der Deutschnationalen das gegen den Abgeordneten van den Kerckhoff wegen seiner Steuerbegünstigung verhängte Strafverfahren für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

D Kriegsgefangenenheimkehr. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Dampfer „Monte Bernon“ wegen Sabotage in Norfolk festliegt. Die auf dem Dampfer befindlichen Kriegsgefangenen, und zwar 330 Deutsche, 163 Österreicher, 130 Ungarn werden mit dem Dampfer „Antigone“ etwa am 10. Juli in Hamburg eintreffen. — Wie die Reichszentralstelle weiter mitteilt, entspricht die Meldung im Berliner Lokalanzeiger in der Montagausgabe, daß bei dem Schiffungung in der Rheinmündung 2000 Kriegsgefangene ertrunken seien, nicht den Tatsachen.

D Reichsminister Dr. Simons. In seinem Kreise dürfte die Ernennung des früheren Ministerialdirektors Simons größere Begeisterung hervorgerufen haben als in dem der deutschen Vertreter und Berater auf der Versailler Konferenz. Ihnen allen fiel die ebenso wirksame wie stille Tätigkeit auf, die Dr. Simons von Anfang an einleitete. In dem ersten verhängnisvollen Tage, dem 7. Mai, wo der deutschen Vertretung in einer auf Demütigung berechneten feierlichen Sitzung die Friedensbedingungen überreicht wurden, war er nach wenigen Stunden in der Lage, allen Beteiligten eine klare Uebersicht der mannigfaltigen Bedingungen und Bedrückungen zu geben, die Deutschland auferlegt werden sollten. Er tat es in schlichten Worten, aber durch den geschäftsmäßigen Ton drang die getriebene Empfindung des vaterlandliebenden Bürgers durch. Für ihn war es unmöglich, die Bedingungen der Feste zu unterschreiben und in dieser Auffassung reichte er gegen Ende der Verhandlungen sein Abschiedsgesuch ein. In den langen und oft bogen Wochen, die der unermesslichen Unterzeichnung des Vertrages vorausgingen, blieb Dr. Simons als Generalsekretär der Abordnung die Triebfeder der Geschäfte. In allen Stücken wirkte er beständig in den verwickelten Vertragsbestimmungen und der dazu einzunehmenden oder schon festgelegten deutschen Stellung, und keiner versuchte vergeblich, sich bei ihm Rat zu holen. Mit Bestimmtheit kann man voraussetzen, daß bei der schnellen Aufassungsgabe des neuen Ministers die ihm angehenden Dinge stets in klarer Reihenfolge und vielleicht ebenso bestimmt, daß seine Vortragsweise bei aller natürlichen Zurückhaltung Eindruck machen wird, weil bei ihm die Worte aus dem Innern fließen.

D Lohnabzug und Steuer. Der Sturmhauf gegen den Lohnabzug, der sich mit besonderer Heftigkeit bei den Steuerträgern erhoben hat, aber auch bei den marktenlebenden Arbeitgebern teilweise Unterstützung findet, hat zu zwei Anträgen an den Reichstag geführt, die allerdings verchiedenen Wollen. Der Antrag der Deutschnationalen fordert die gänzliche Aushebung des Lohnabzugs; der Antrag der Sozialisten verlangt die Nachprüfung der Gesetzesvorschrift, aber ohne Aushebung des Lohnabzugs. Da der Reichstag voraussichtlich schon am Freitag dieser Woche in Ferien geht, wird es ihm kaum möglich sein, diese Nachprüfung und Gesetzesänderung vorzunehmen, da der Gegenstand äußerst verwickelt ist. Das Reichsfinanzministerium aber kann bis zur Wiederrückung des Gesetzes nichts anders tun, als das Gesetz in seiner heutigen Fassung auszuführen. Wenn man es mit Gesetzen um Aufschub bezieht, so müßte man ihm größere Machtbefugnisse bei, als es tatsächlich hat. Zugleich ist das Reichsfinanzministerium nach wie vor der Meinung, daß die Steuerleistung auch der arbeitenden Klasse unbedingt notwendig sei, wenn das Reich seinen Verpflichtungen nachkommen solle. Die Befreiung der Besoldungen allein sei dazu nicht imstande. Wenn die Arbeitnehmer Beweise für die Härten des Gesetzes beibrächten, so müßte diese in einzelnen Fällen zureichend sein, im allgemeinen aber seien die Ausstellungen übertrieben. Den wiedereinnommen von 2000 bis 4000 Mark werde zu viel bezogen, aber diese seien doch auch sehr in der Minderzahl gegenüber den Einkommen von 12000 bis 16000 Mark, die sich der Steuerpflicht nicht entziehen dürften. Und da der Abzug vom Lohn nur dann erfolge, wenn der Arbeiter etwas verdiente und da der Abzug mit der Höhe des Lohnes steige, und falls, und beim Aufhören des Verdienstes ebenfalls aufhöre, so sei das erste Erfordernis jeder Steuergerechtigkeit, nämlich die Besteuerung eines tatsächlichen Einkommens, voll auf gewahrt. Mit dem Abzug vom Lohn werde daher bis zur Wiederrückung des Gesetzes durch den Reichstag mit aller Kraft fortgeführt werden, trotz aller Einsprüche oder aller Subotationsversuche. Etwas anders sei es mit der Besteuerung jenseits Einkommens, der sich aus Naturalleistungen zuleiten ließe, wie das bei den Hausangestellten der Fall sei. Hier würde der Steuerabzug vorläufig bis zum 1. August eingestellt, weil sich tatsächlich Unstimmigkeiten und große Ungleichheiten bei der Berechnung dieser Einkommensanteile ergeben hätten. Diese Naturalbezüge werden von den Versicherungsämtern, zum Beispiel für Berlin mit etwas über 700 Mark berechnet, für das benachbarte Wilmerdorf aber mit 3000 Mark. Das seien

freilich Unterlagen für die Steuerberechnung, die zu großen Unzutrefflichkeiten und unverständlichen Härten führen müßten. Hier eine Einheitlichkeit zu erzielen, sei die Aufgabe der nächsten Zeit. Wie sehr außer dem Reich auch die Länder und Gemeinden an der Durchführung des Gesetzes interessiert seien, gehe daraus hervor, daß die Erträge des zehnjährigen Lohnabzugs in der Hauptsache eben diesen Ländern und Gemeinden zugewiesen werden sollen, da das Reich andere Mittel nicht an der Hand habe, um den dringlichsten Bedürfnissen dieser Steuerträger zu genügen.

## Ein engl. Urteil über die Entwaflungsnote.

Mz. London, 30. Juni. Das Lloyd George nahebekende Daily Chronicle legt seinen Lesern die Gründe aus denen die Verbandsmächte die Verringerung des deutschen Heeres verlangten, wie folgt auseinander:

Der Kapp-Putsch und die Gegenüberstellung der roten Bataillone haben gezeigt, daß die wahre Gefahr für die deutsche Republik nicht in der geringfügigkeit ihrer Streitkräfte liegt sondern eher in ihrer Größe, ihrer Mannigfaltigkeit und ihrem Mangel an Gehorsam gegen die Regierung, wobei noch der gewaltige Umfang von Kriegsmaterial in Rechnung zu stellen ist, das in Deutschland für Leute, die den Frieden fördern wollen, vorhanden ist. Das wird die deutsche Regierung natürlich auch wissen, aber sie scheut sich, wie es ihre Vorgängerin auch getan haben, die Brennpunkte anzupacken. So wird ein Teufel des Verbandes für sie ein kaum verflüchteter Segen sein, sie sieht sich gezwungen, das zu tun, was sie nicht den Mut oder die Kraft hat, aus eigenen Stücken zu tun. Es ist ferner zu beachten, daß eine der größten Enttäuschungen seit dem Waffenstillstand darin besteht, daß Europa weder Frieden gefunden noch abgerufen hat. Es ist das sogar mehr als eine Enttäuschung, es ist ein Unheil, wenn man an die wirtschaftlichen Folgen denkt. Die Gründe liegen zum Teil in Ausland, zu einem erheblichen Teil aber auch in Deutschland. Kein Staatsmann auf dem Kontinent darf es wagen, zu übersehen, daß trotz der deutschen Niederlage immer noch ein deutsches Boden eine weit größere Zahl kriegsgeliebter Männer vorhanden ist, — erstklassige Soldaten — und für die nächsten Jahre vorhanden sein wird, als in jedem andern Lande. Berücksichtigt man dabei den Besitz einer großen militärischen Organisation und gewaltige Kriegsvorräte jeder Art, so ist es offensichtlich, daß feindliche Mächte — für die die Besetzung der deutschen Flotte nicht die Bedeutung hat wie für uns — verbleiben müssen. Diese Verdrängung kann nur durch die Befestigung ihrer Ursache beseitigt werden, und nur auf diesem Wege kann eine Politik erzielt werden, die zu einem dauernden Frieden führt. Keine Nation bedarf dieser Umänderung mehr als Deutschland selbst und zwar sowohl politisch wie wirtschaftlich. Politisch, weil jeder Leberer seines politischen Willens eine ständige Bedrohung für seine reaktionären Gruppen bildet, und wirtschaftlich, weil es sich den Luxus nicht leisten kann, Leute zu unterhalten, die keine produktive Arbeit verrichten.

Bei diesen Betrachtungen ist zu beachten, daß sie sich auf die Berichte des Berliner Vertreters des Daily Chronicle stützen, der in derselben Nummer eine Uebersicht über die deutschen Preissteigerungen zur Entwaflungsfrage gibt und sie mit folgenden Worten schließt: „Als einer, der das neue Deutschland anderthalb Jahre lang aus nächster Nähe beobachtet hat, mag ich der entscheidenden Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Forderungen der Verbandsmächte nicht nur gerecht, sondern auch notwendig sind, und zwar im eigenen Interesse Deutschlands, damit die wachsenden Schwünge seiner Militaristen und Nationalisten von neuem beschnitten werden.“

## Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Mz. Paris, 30. Juni. Senatpräsident Leon Bourgeois hat nunmehr im Auftrag des Völkerbundesrats die vom Völkerbund veranstaltete Finanzkonferenz auf den 23. Juli nach Brüssel einberufen. In einem Schreiben erläutert er die Aufgaben dieser Konferenz und erklärt, wenn diese Konferenz die Weltfinanzlage besprechen wolle, werde es notwendig sein, Deutschland einzuladen, sich vertreten zu lassen. Aber die Form der Einladung und die Bildung einer Vertretung auf der Konferenz könnten erst nach der Konferenz von Spa erfolgen. Da der Völkerbundesrat hoffe, daß ihm der Oberste Rat der Verbündeten bis zu diesem Augenblick Kenntnis gegeben habe von den Maßnahmen und den Abkommen, die dort getroffen worden seien. Bourgeois fügt hinzu, ohne genaue Bestimmung der finanziellen Lage der Mittelmeeremächte sowie der Verpflichtungen, die Deutschland und seine Verbündeten auslösten, sei es unmöglich, daß die Brüsseler Konferenz ein Ergebnis erziele. Es fehle jede Grundlage zu den Kreditoperationen, die notwendig seien für die finanzielle Wiederrückführung der Länder, denen Entschädigung gezahlt werden müsse, sowie Deutschlands und den andern Staaten.

## Das Urteil gegen Erzberger.

Mz. Berlin, 30. Juni. Die Urteilsbegründung im Verzeß Erzberger-Helferisch ist erst jetzt den Parteien zugestellt worden. Es ist ein sehr umfangreiches Schriftstück von mehr als 200 Schreibmaschinenseiten. Der Hauptteil umfaßt die Begründung des von Helfferisch geführten Verhörsbrotesses. Das Urteil erklärt, daß der Wahheitsbeweis in einer Reihe von Fällen erbracht worden sei, nämlich in je zwei Fällen, die sich auf Erzbergers Verhältnisse zu beziehen ließen, zur Bergen-Diebau-Aktiengesellschaft und im Fall Aufbatterder sowie im Falle der Spekulation in Aktien der Hamburg-Amerika-Gruppe. Im Anschluß daran sagt das Urteil: „Diese Fälle rechtfertigen auch die Bezeichnung als „politisch-parlamentarischer Geschäftsmacher“, denn sie sind nicht Einzelvorgänge, sondern Erscheinungsformen des sich gleichbleibenden Charakters. Ebenso wird der mit Bezug auf diese Geschäftspolitik gebrauchte Begriff der „politisch-parlamentarischen Korruption“ durch sie ausgefüllt, da eine Verquickung vom

Fortsetzung folgt.

Der päpstliche Nuntius in Berlin. Der päpstliche Nuntius Monsignore Pacelli begibt sich heute nach Berlin, um dem Reichspräsidenten über sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Der Würdiger des Erzherzogs Franz Ferdinand. Die überlebende Prinzessin, des im Gefängnis verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, werden von Österreich nach Wien in feierlicher Prozession nach Jugoslawien übergeführt, um dort an einem besonderen Ehrenplatz beigesetzt zu werden.

Verhandlungen über den Postvertrag mit Ungarn. Die Abgeordneten des Reichstages (Gewerkschaften) sind am Samstag hier eingetroffen und haben zunächst mit den hiesigen Gewerkschaften Beratungen über den Postvertrag mit Ungarn gepflogen. Von ungarischer Seite ist zu den Verhandlungen der hiesige ungarische Gesandte Dr. Graf entsandt worden.

Poincaré zum Jahrestag von Versailles. Raymond Poincaré veröffentlicht im „Temps“ eine Betrachtung über den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles und sagt zum Schluss: Deutschland will in Spa das gestörte, was in Versailles aufgerichtet worden ist. Wenn die Alliierten nicht wollen, daß dies gelingt, so müssen sie im voraus entschlossen sein, ihren gemeinsamen Willen durchzusetzen und die erforderlichen Schritte zu nehmen.

Rußland lehnt die englischen Forderungen ab. Die russische Regierung hat gestern erklärt, daß die englischen Forderungen nicht bewilligt und die englischen Forderungen für den Schaden, den sie durch die russische Revolution erlitten haben, nicht entschädigt werden können. Ebenfalls wurde das beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden. Wenn die englische Regierung auf ihren Forderungen besteht, so lehnt sie die Verhandlungen abbrechen und nach Rußland zurückkehren.

Verhandlungen Ransens in Moskau. Frithjof Ransen, der kürzlich in Berlin war, begibt sich zunächst nach Moskau, um persönlich mit der Sowjetregierung über den Rüstungs- und den Transport der russischen und deutschen Kriegsgefangenen zu verhandeln.

Die mesopotamische Frage. Das Oberhaus behandelt heute die mesopotamische Frage. Verschiedene Vordrucke, die Großbritannien in dieser Angelegenheit so rasch wie möglich einen arabischen Staat errichte, um so die östliche Ost zu beschützen. Lord Curzon führte aus, daß die Politik der englischen Regierung keine Veränderung erfahren habe gegen 1918. Die britischen Vertreter auf der Friedenskonferenz hätten damals erklärt, daß Großbritannien seinen Teil dieser Gebiete annehmen wolle. Es solle ein arabischer Staat errichtet werden unter der Mitwirkung der gebildeten Araber der Gegend.

### Die Verkehrsverhältnisse auf dem Eise.

In den Verkehrsverhältnissen auf dem Eise ist in den letzten Jahren eine bedeutende Verbesserung eingetreten. Gute Vorschläge hat die Reichsregierung, doch gebietet hat sie leider nichts. Bei jedem Versuch der Eisenbahnen des Reiches hat man immer die Klagen, und sie sind so auch nur zu berechtigt. In letzter Zeit nun hat eine wahre Verbitterung Platz gegriffen, denn die Verkehrsverhältnisse sind nicht, wie im übrigen deutschen Vaterland, im allgemeinen besser geworden, sondern haben sich weitgehend verschlechtert. Als vor Jahren der Bau der Reichsbahn in Angriff genommen wurde, glaubte man alle Verkehrsverhältnisse für den Eise überwinden. Staat, Kreis und Gemeinden gründen namhafte Zuschüsse und die Eisenbahnen sorgten außerdem für die Bereitstellung des Grund und Bodens. Einmal hoffte man entgeltlichen, dauernden und schnellen Anschluß an die größeren Verkehrsstraßen gewonnen zu haben. Es ging auch alles zur Zufriedenheit, bis der Krieg kam. Er hat so vieles aus dem Eise gebracht, brachte auch Verkehrsbeschränkungen auf dem Eise. Wurden diese auch empfunden, so sah man doch auch einen Grund für sie und fand sich damit ab. Heute sind die Verkehrsverhältnisse aber noch schlechter, als während des Krieges, das ist unübersehbar, wo, wie gesagt, überall Frierung eingetreten ist. Ein einziger Zug fährt täglich in jeder Richtung gegen 3-4 Stunden. Dabei bestehen Fahrpreise, die als unerschöpflich bezeichnet werden. Auch die Güterpreise sind darauf berechnet, daß sich sicherem Vernehmen nach, größere industrielle Betriebe, die durch die hohen Frachtpreise unrentabel werden, zu schließen gedenken. Damit werden zahllose Arbeitsplätze verloren. Warum die Gesellschaft nicht mehr Güter befördert, ist unklar. Möglich aber müßte es sein. Haben, so fragt man sich, die Behörden, (Staat, Kreis und Gemeinden), die doch ehemals das Bahnprojekt zur Vollendung bringen halfen, heute kein Mitbestimmungsrecht mehr, um endlich den unhaltbaren Zuständen abzuhelfen? Eigentlich für diese ist der Ausspruch eines Eisenbahnmannes von Völsingenbogen, welcher sagte: „Die Kleinbahn ist der Ruin für den ganzen Eise.“ Sehen wir auch nicht ganz so schwarz, so kann man doch die Stimmung daran erkennen.

Verschiedentlich ist schon eine Automobilverbindung, wie man sie schon längere Zeit anderwärts mit gutem Erfolge eingerichtet hat, vorgeschlagen worden. Warum sollte sie nicht auch für den Eise möglich sein. Personen- und Güterbeförderung wären ein ganz bedeutendes schneller. Wir denken nur an eine Automobilverbindung durch das Ruhrgebiet zum Bahnhof Laurenburg. Von diesem aus ist schnell nach jeder Richtung zu gelangen und auch Anschluß an die nun wieder auf der Bahnbahn bestehenden Züge zu erreichen. Welche Vorteile aber würde noch ganz besonders für Ragenelbogen, dem Mittelpunkt des Eises, eine solche Autoverbindung haben? Ragenelbogen wird gern von Fremden besucht. Viele wollen jährlich zur Erholung dort. Wir sind überzeugt, eine gute schnelle Verbindung, wie die angeführte, würde den Fremdenverkehr bedeutend heben. Darum hoffen wir, daß sich recht bald eine Verwirklichung der nun nachgerade für den ganzen Eise brennend gewordenen Verkehrsfrage zusammenfinden und einen guten Weg aus dieser Notlage finden.

### Aus dem Unterlahnkreis.

1. Giershausen, 1. Juli. (Schadenfeuer.) Auf bisher unangefasste Weise entstand in der Nacht vom 29. zum 30. Juni ein Brand, der das Wohnhaus des Bürgermeisters Kretzer vollkommen einäscherte. Es konnte nur wenig gerettet werden. Verbrannt sind unter anderem auch die gesamten Akten des Bürgermeisters. Ein Übergreifen des Feuers konnte verhindert werden.

### Aus Bad Ems und Umgegend.

Fahrplanänderung. Personenzug 107 Coblenz—Emsburg. Ems-Ankunft seit 11.35, Abfahrt 11.38 vormittags kommt mit dem heutigen Tage an Ems 11.42, Abfahrt 11.44.

Personalien. Die neuerrichtete technische Oberstelle in Bad Ems ist dem 1. Juli 1920 ab der Leiterin Frau Ems in Ems übertragen worden.

Kriegsbeschädigte. Auf die Veranlassung heute Abend 9 Uhr bei Kommand G. Dieg, Marktstraße, sei wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung besonders aufmerksam gemacht.

Kurtheater. Klotows allgemein beliebte Oper „Martha“ gelangt am Freitag, den 2. Juli zur Aufführung. Die weibliche Hauptrolle singt Frau Ems, die sie so schnell die Gunst des Ems-Publikums erworben hat, den Ems singt der lyrische Tenor Karl Kall und Herr Kall, der glänzende „Mephisto“ der Margarete-Aufführung, verkörpert den Plutonium. Auch die übrigen Partien sind in gleich guter Besetzung vertreten.

Die Deutsche demokratische Partei. Ortsgruppe Bad Ems, ist dem Vernehmen nach bei den zuständigen Ministerien dringend vorgebracht worden, daß die Verhandlungen mit den Arbeitern und Angestellten der hiesigen Staatsbetriebe endlich zum Abschluß gebracht werden, da sonst der beschäftigte Streik den hiesigen Wirtschaften schaden würde. Ferner hat sie sich für die baldige Auszahlung der Befähigungsbeihilfe an die Beamten abwärts eingeklagt, da der 10 prozentige Steuerabzug die Lage vieler Beamten bei den teuren Lebensverhältnissen unserer Stadt besonders schwierig gestaltet.

Der Radfahrerclub 1909 hält heute abend, 8.30 Uhr, Versammlung im Central-Hotel.

Franz. Theaterabend. Auf Veranlassung der hohen Kommission haben im Theaterabend des hiesigen Bürgers der Comedie Francaise einen Theaterabend. Es sei der Kommandeur de Chabard ist wirklich ein Stück der Liebe und des Jais. Zwei Menschenfinden, von den Eltern zusammengebracht, jedes versucht das andere zu überreden und unerkannt kennen zu lernen. Beide tauschen ohne gegenseitiges Wissen ihre Rollen mit ihren Dienboten. Der Vater der jungen Dame erfährt jedoch durch einen Brief den Verrat und lässt aussetzen. Nach einer Anzahl Unfällen und Nebenhandlungen an denen das ganze Spiel reich ist, finden sich beide trotz der verkehrten Rollen. Die beiden wirklichen Dienboten geben natürlich auch ein Ehepaar ab. Die ganze Handlung wurde nett und sicher gespielt. Ein: Verlobung der Rollen wußten die beiden, von den Eltern zusammenbestimmt abzugeben. — Als zweites Stück stand am Ende: Spielplan: Les Breichmes ridicules (Die Geister) von Moliere. Gleichfalls ein Stück der Verwicklungen und der wackeligen Stellung im Schicksal. Ein sehr lustiges Stück voller Spott auf die damals bestehende Heberlichkeit der führenden Familien. Das Spiel stand in nichts hinter dem ersten zu.

Generalversammlung des Gewerbevereins. Am 25. 6. hielt der Gewerbeverein eine Generalversammlung im Lichtspielhaus ab, die sehr gut besucht war. Sie nahm bei der umfangreichen Tagesordnung einen anregenden Verlauf und hatte, der Tagesordnung entsprechend, der Besuch noch besser sein können, bei so wichtigen Fragen für den gewerblichen Mittelstand in der jetzigen Zeit. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Ingenieur Werner berichtete dieser über die Reorganisation des Gewerbevereins und gab hieran anschließend den Herren Sommer und Magner das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung in Limburg bzw. über die Statutenberatung in Wiesbaden. Herr Sommer verstand es in allgemeinen Zügen ein Bild zu geben, über die Sitzung und die Behandlung der einzelnen Anträge, ferner der verschiedenen Lokalgewerbevereine, sowie über die gefassten Beschlüsse. Herr Magner berichtete dann ausführlich über die Zusammenkunft in Wiesbaden und die Statutenberatung des Gesamtverbandes der Gewerbevereine für Nassau, für den Kreisverband und für den Lokalverband. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß nur durch Zusammenfassung etwas erreicht werden kann; auch wies er auf die Erfolge der anderen organisierten Vereine hin. Des weiteren betonte er, wie die Geschäftsstelle, besonders der Vorsitzende Herr Justizrat Videl bemüht ist, für den Gewerbebetreibenden im Regierungsbezirk Wiesbaden etwas Gutes zu schaffen, was durch die Anstellung eines Syndikus gewährleistet sein wird. Es wurde dann der gestrige Tagesbericht vorgetragen und dem Herrn G. Müller für seine aufopferungsvolle Leitung gedankt und Entlassung erteilt. Hieran anschließend berichtete der Vorsitzende über die notwendige Erhöhung des Mitgliedsbeitrages und begründete die Erhöhung auf mehrfache Art und Weise. Besonders mußte man sich vor Augen halten, welche Beiträge andere Berufsorganisationen zahlen, und sei unser Beitrag bei 300 Arbeitstagen pro Tag nur 5 Bg. doch gewiß ein sehr beachtlicher. Seit 1913 ist der Beitrag nicht erhöht worden, man muß auch berücksichtigen, daß heute alles teurer ist und hat außerdem die Gewerbesteuer, die die Zahlung der unrentablen Interessen gilt. In der Debatte gaben die meisten Redner, unter anderem auch der Vorsitzende des Gewerbevereins Montabaur, Herr Venn, ihre Zustimmung und war es auch Herr Magner, der in laudatorischen Ausführungen an die Mitglieder appellierte, ihrer Pflicht eingedenk zu sein. Bei der Abstimmung ergab sich eine überwiegende Mehrheit, für die Erhöhung des Beitrages auf 15 Mark, wovon 10 Mark dem Verbande der Gewerbevereine für Nassau, 5 Bg. Wiesbaden, zukommen und 5 Mark für die Lokalverwaltung. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß sich im Gewerbeverein nicht nur die Handwerker, sondern alle Gewerbebetreibenden, wie Kaufleute aller Art, Gastwirte und ähnliche, zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenschließen müßten. Der Schulbericht wurde auf Beschluß der Versammlung dem Vorstand zu näherer Kenntnis überwiesen. Für den weiteren Teil des Abends hatte sich Herr Stadtschreiber Haas bereit gefunden, einen Vortrag über die Reichseinkommensteuer zu halten und Erläuterungen in der mannigfaltigsten Art zu geben. Herr Stadtschreiber Stroß behandelte dann ausführlich das neue Gesetz des 10 prozentigen Lohnabzugs und ab verschiedene Beispiele, wie der Vorredner. Die beiden Vorträge gaben zur Erweiterung vieler Fragen Anlaß und wurde in der Aussprache besonders bemerkt, daß der Lohnabzug eine große Arbeitsbelastung des Unternehmers ist und das Gesetz im ganzen nicht allein das Mißfallen der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber erregt. Wegen der selbständigen Krankenkasse für Handwerker wurde vom Vorstand noch nähere Mitteilung gemacht, ebenso über die Eingabe betr. Sonntagsruhe im Handelsverkehr, und bedauert, daß Eingaben so wichtiger Beschlüsse bei den Behörden nicht schneller erledigung finden. Es folgte der Sonntagsruhe nochmals am Beschlusse und wurde mit Dank an die Berichterstatter und Vortragenden wurde die nächste verlassene Versammlung geschlossen.

### Aus Diez und Umgegend.

Alleslei vom Tage. Rot ist immer das zweite Wort, das uns in unserer gegenwärtigen Zeit entgegen

tritt. Was der allzulange Sonnenschein einerseits beibringt, hat er auf der anderen Seite wieder ant gemacht. So ist die Dürre in diesem Jahre eine sehr gute. Sie richtig zu bewerten hindert wieder eine „Koi“, die Dürre. Sie treibt allerlei Blüten. Nicht allein, daß Jüder ein begehrter Schieberartikel ist, den zu erlangen auch einmal ein Diebstahl riskiert wird, er wird auch mit allen möglichen anderen Mitteln zu erlangen gesucht. So ist jetzt der noch nicht dagewesene Fall eingetreten, daß Landleute echten Bauernschinken anbieten, um dafür Jüder zu erlangen. Ein sicherlich verlockendes Angebot. Ob dem die Jüder begehrt stand halten?

Stadtgeld. Zur Beilegung des Einkommensmangels hat die Stadt weitere Lotterien zu 10, 25 und 50 Bg. anfertigen lassen, die in jeder beliebigen Menge bei der Stadtkasse zu haben sind.

Fahrplanänderung. Die Eisenbahnbeförderung gibt nachstehende Änderung des Fahrplans auf der R-E-Strecke bekannt: Ab Donnerstag, den 1. Juli verkehrt 3. 4084 Berktags: 2.3 ab 4.33, Nacht an 4.41, ab 4.42; Oberreifen 4.47; ab 4.51; Sahnstücken 4.55, ab 4.56; Sahnstücken (Raff.) 5.01, ab 5.02; Raderhausen 5.08, ab 5.09; Kettenbach 5.14 ab 5.15; Raderbach (Raff.) an 5.20 vorm.

Überreifen. 1. Juli. Der pensionierte Reichshofmeister Wilhelm Schläu und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Raderbach in Raderbach, körperlicher Gesundheit am nächsten Sonntag das letzte Fest der „Goldenen Hochzeit“. Dem Jubelpaar einen Glückwunsch!

### Lebensmittelkommission.

Aus verschiedenen Städten unserer engsten und weiteren Heimat, besonders aber aus Wiesbaden und Mainz sind in den letzten Tagen Nachrichten zu uns gedrungen über einen radikalen, gewalttätigen Preisabbau von Obst und Gemüse und sonstigen Lebensmitteln. In unserer Stadt sind die Preise für alle Lebensmittel, einschl. Obst und Gemüse nicht minder teuer wie dort. Für Kirchen wurden z. B. seit 4. Mai pro Pfund verlangt und gezahlt. Es wäre nun möglich, daß die unliebsamen Vorfälle in den größeren Städten auch auf Diez übergriffen könnten. Dem vorbeugen will wohl der Antrag des Reichsrates Dr. Reichert in der Stadtschreiberei am Montag, in dem er den Antrag stellt, die Lebensmittelkommission solle sich mit den Preisen beschäftigen und Höchstpreise festlegen. Hiermit komme ich zum Zwecke dieser kurzen Ausführungen, nämlich klarzustellen, was diese Kommission in dieser Sache tun kann. Sie soll also für unsere Stadt Höchstpreise festlegen. Das wäre sehr schön und äußerst wohltuend. Aber hierzu hat sie leider ganz und gar kein Recht, auf das sie sich stützen könnte. Die Lebensmittelkommission ist, was noch gar nicht bekannt ist, weiter nichts als eine, die Verteilungsarbeit der Lebensmittelstelle betreibende Behörde. Der Antrag ist aber nun gestellt, und das fordernde Publikum erwartet die Befreiung. Von der Lebensmittelkommission aber kann sie nicht kommen. Es könnte sich nun der Wille des Publikums auf sie abladen, die Lebensmittelkommission zum Sündenbock für Unterlassungen machen, (wie das schon öfter geschehen ist) wenn von ihr jetzt keine Taten in der Hinsicht der Preisfestsetzung geschehen. Deshalb ist noch, als betont, die Lebensmittelkommission ist nur eine beratende Stelle. Sie hat auch keinerlei Mitbestimmungsrecht in unserer hiesigen Lebensmittelversorgung, wie das einmal auf eine diesbezügliche Anfrage einem Mitgliede der Lebensmittelkommission ausdrücklich erklärt wurde. Ihre jetzige Arbeit kann man deshalb ruhig als Stillschaltung bezeichnen. Man erwarte recht viel von der Lebensmittelkommission, sie hat diese Erwartungen enttäuscht und mußte sie nach der Lage der Dinge enttäuschen. So wird es auch mit der beantragten Höchstpreisfestsetzung gehen. Von der Lebensmittelkommission ist der befreiende Schritt für unsere Stadt nicht zu erwarten, welche Stelle ihn tun wird, ist unklar. Die Dinge werden also ihren Gang gehen. Steigt die Erbitterung des kochenden Publikums so weit, daß es sich Selbsthilfe schafft, so trifft

### Letzte Nachrichten.

Eigener Drahtnachrichtendienst der „Diez und Ems Zeitung“.

### Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Mz. Berlin, 30. Juni. Im Plenarsitzungsraum des vormaligen preussischen Herrenhauses fand heute die erste Sitzung des verfassungsmäßig Reichswirtschaftsrates statt. Am Regierungssitz saßen u. a. der Reichskanzler, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister des Innern, der Reichsminister der Finanzen, der Reichsminister des Handels und der Reichsminister der Landwirtschaft. Nachdem der Reichspräsident Kommerzienrat Bamberg die Sitzung eröffnet hatte, nahm der Reichskanzler das Wort. Er wies in längerer Rede auf die Zusammenfassung und die Ziele des Reichswirtschaftsrates hin, dessen Arbeiten er den besten Fortgang wünsche. Hierauf wurde der Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung angenommen. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter der Landwirtschaft Unterstaatssekretär a. D. Edler von Brand gewählt, der der Versammlung für das bewiesene Vertrauen dankte und ihre Unterstützung erbat.

### Waffenbeschlagnahme.

Mz. Berlin, 1. Juli. Die Tägliche Rundschau gibt eine Düsseldorf-Blättermeldung wieder, wonach neue Waffenfunde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht wurden; namentlich in der Gegend von Venn und die Sicherheitspolizei mehrere Waffenlager, darunter eins, welches drei Maschinengewehre, 70 Handpatronen, 100 Gewehre und 30 000 Patronen enthielt.

### Dr. Hermes auch nach Spa.

Mz. Berlin, 1. Juli. Das Vichy-Arbeitsblatt meldet: Auch der Reichsernährungsminister Dr. Hermes begibt sich zur Konferenz in Spa, wo er über Deutschland, Lebensmittel und die Notwendigkeit von Lebensmittellieferungen betonen dürfte.

### Das neue württembergische Ministerium.

Mz. Stuttgart, 1. Juli. Das württembergische Staatsministerium wird sicherlich Vernehmen nach folgendermaßen zusammengefaßt sein: dem bisherigen Minister Dr. Heber, Staatspräsident und Kultus, Graf, Inneres, Volk, Justiz, Reichs-, Finanzen, dem früheren Ministerialrat und jetzigen Direktor bei Dr. Schall, Arbeit und Ernährung.

Aus der preuß. Landesversammlung. Mz. Berlin, 1. Juli. Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß, die Verfassung der Minister wie bisher dem Präsidenten des Landtages zu überlassen, aber festzulegen, daß der Präsident des Landtages keiner Fraktion angehören und an den Abstimmungen nicht teilnehmen darf.

